Reichsgesetzblatt

Teil II

1926 | Ausgegeben zu Berlin, den 30. April 1926 | Nr. 18

Inhalt:

Bekanntmachung über das am 19. Mai 1924 in Washington unterzeichnete deutsch-amerikanische Abkommen zur Verhinderung des Schmuggels mit alkoholischen Getränken. Vom 21. April 1926 ..... S. 233

Bekanntmachung über die Ratifikation des Internationalen Abkommens zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten und des dazugehörigen Protokolls vom 3. November 1923 durch Ungarn. Vom 15. April 1926 S. 236

Bekanntmachung über die Verlängerung des deutsch-portugiesischen vorläufigen Handelsübereinkommens vom 28. April 1923/31. Dezember 1924. Vom 19. April 1926 ..... S. 236

Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung. Vom 27. April 1926..... S. 236

Bekanntmachung über das am 19. Mai 1924 in Washington unterzeichnete deutsch-amerikanische Abkommen zur Verhinderung des Schmuggels mit alkoholischen Getränken. Vom 21. April 1926.

Am 19. Mai 1924 ist in Washington zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika ein Abkommen zur Verhinderung des Schmuggels mit alkoholischen Getränken in den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossen worden. Dieses Abkommen ist ratifiziert worden; der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 11. August 1924 in Washington stattgefunden. Das Abkommen ist am gleichen Tage in Kraft getreten, es wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 21. April 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen

In Vertretung

v. Schubert

Der Deutsche Reichspräsident und der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, von dem Bestreben geleitet, alle Schwierigkeiten zu vermeiden, die zwischen ihnen bezüglich der in den Vereinigten Staaten gültigen Gesetze betreffend alkoholische Getränke entstehen könnten, haben beschlossen, zu diesem Zwecke ein Abkommen zu schließen, und haben zu ihren Bevollmächtigten bestellt:

Der Deutsche Reichspräsident Herrn Dr. Otto Wiedfeldt, den Deutschen Botschafter in den Vereinigten Staaten von Amerika;

und

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Herrn Charles Evans Hughes, den Staatssekretär der Vereinigten Staaten von Amerika;

die nach Auswechslung ihrer ordnungsmäßig ausgestellten Vollmachten das Folgende vereinbart haben:

Artikel I

Die Hohen Vertragschließenden Parteien erklären, daß es ihre feste Absicht ist, an dem Grundsatz festzuhalten, daß die eigentliche Grenze der Hoheitsgewässer drei Seemeilen von der Küstenlinie entfernt, und zwar gemessen von der Niedrigwassergrenze, liegt.

The President of the German Empire and the President of the United States of America being desirous of avoiding any difficulties which might arise between them in connection with the laws in force in the United States on the subject of alcoholic beverages have decided to conclude a Convention for that purpose, and have appointed as their Plenipotentiaries:

The President of the German Empire Dr. Otto Wiedfeldt, German Ambassador to the United States of America;

and

The President of the United States of America Mr. Charles Evans Hughes, Secretary of State of the United States of America;

Who, having communicated their full powers found in good and due form, have agreed as follows:

Article I

The High Contracting Parties declare that it is their firm intention to uphold the principle that 3 marine miles extending from the coastline outwards and measured from low-water mark constitute the proper limits of territorial waters.

Artikel II

(1) Der Deutsche Reichspräsident erklärt sich damit einverstanden, daß Deutschland keinen Einspruch dagegen erheben wird, daß Beamte der Vereinigten Staaten, ihrer Territorien und Besitzungen außerhalb der Grenzen der Hoheitsgewässer an Bord privater Schiffe unter deutscher Flagge gehen, um die an Bord befindlichen Personen daraufhin zu befragen und die Schiffspapiere daraufhin zu prüfen, ob das Fahrzeug oder die an Bord befindlichen Personen alkoholische Getränke in die Vereinigten Staaten, ihre Territorien oder Besitzungen unter Verletzung der dort gültigen Gesetze einführen wollen oder eingeführt haben. Falls diese Befragung und Prüfung einen Verdacht berechtigt erscheinen lassen, kann eine Durchsuchung des Fahrzeugs begonnen werden.

(2) Wenn berechtigte Gründe für die Annahme sprechen, daß das Fahrzeug die Gesetze der Vereinigten Staaten, ihrer Territorien oder Besitzungen betreffend das Verbot der Einfuhr alkoholischer Getränke übertreten hat, übertritt oder zu übertreten versucht, so kann das Fahrzeug beschlagnahmt und in einen Hafen der Vereinigten Staaten, ihrer Territorien oder Besitzungen zur richterlichen Entscheidung auf Grund dieser Gesetze eingebracht werden.

(3) Die durch diesen Artikel gewährten Rechte sollen nur innerhalb einer Entfernung von der Küste der Vereinigten Staaten, ihrer Territorien oder Besitzungen ausgeübt werden, die das im Verdacht des Versuchs der Gesetzesübertretung stehende Fahrzeug innerhalb einer Stunde zurücklegen kann. In Fällen jedoch, in denen das alkoholische Getränk von einem anderen Fahrzeug als demjenigen, das von den Beamten betreten und untersucht wurde, nach den Vereinigten Staaten, ihren Territorien oder Besitzungen gebracht werden soll, soll die Schnelligkeit dieses anderen Fahrzeugs und nicht diejenige des betretenen Fahrzeugs die Entfernung von der Küste bestimmen, innerhalb welcher das unter diesem Artikel gewährte Recht ausgeübt werden kann.

Artikel III

Eine Bestrafung beziehungsweise Beschlagnahme nach den Gesetzen der Vereinigten Staaten soll bei alkoholischen Getränken beziehungsweise bei Fahrzeugen oder Personen wegen des Transportes solcher Getränke nicht eintreten, wenn solche Getränke als Reisevorrat oder als eine nach einem fremden Hafen außerhalb der Vereinigten Staaten, ihrer Territorien oder Besitzungen bestimmte Ladung an Bord deutscher Fahrzeuge eingetragen sind, die sich auf der Fahrt nach oder von Häfen der Vereinigten Staaten, ihrer Territorien oder Besitzungen befinden oder durch deren Hoheitsgewässer fahren; bezüglich dieses Transportes soll gelten, was jetzt bezüglich der Durchfuhr solcher Getränke durch den Panamakanal gesetzlich vorgeschrieben ist, vorausgesetzt, daß diese Getränke während der Zeit, wo das Fahrzeug, auf dem sie transportiert werden, sich innerhalb der genannten Hoheitsgewässer aufhält, dauernd unter Siegel gehalten werden und daß kein Teil dieser Getränke zu irgendeiner Zeit oder an irgendeinem Orte innerhalb der Vereinigten Staaten, ihrer Territorien oder Besitzungen gelöscht wird.

Artikel IV

Jeder Anspruch auf Schadensersatz seitens eines deutschen Fahrzeuges unter der Begründung, daß es

Article II

(1) The President of the German Empire agrees that Germany will raise no objection to the boarding of private vessels under the German flag outside the limits of territorial waters by the authorities of the United States, its territories or possessions, in order that enquiries may be addressed to those on board and an examination be made of the ship's papers for the purpose of ascertaining whether the vessel or those on board are endeavoring to import or have imported alcoholic beverages into the United States, its territories or possessions in violation of the laws there in force. When such enquiries and examination show a reasonable ground for suspicion, a search of the vessel may be initiated.

(2) If there is reasonable cause for belief that the vessel has committed or is committing or attempting to commit an offense against the laws of the United States, its territories or possessions prohibiting the importation of alcoholic beverages, the vessel may be seized and taken into a port of the United States, its territories or possessions for adjudication in accordance with such laws.

(3) The rights conferred by this article shall not be exercised at a greater distance from the coast of the United States, its territories or possessions than can be traversed in one hour by the vessel suspected of endeavoring to commit the offense. In cases, however, in which the liquor is intended to be conveyed to the United States its territories or possessions by a vessel other than the one boarded and searched, it shall be the speed of such other vesel and not the speed of the vessel boarded, which shall determine the distance from the coast at which the right under this article can be exercised.

Article III

No penalty or forfeiture under the laws of the United States shall be applicable or attach to alcoholic liquors or to vessels or persons by reason of the carriage of such liquors, when such liquors are listed as sea stores or cargo destined for a port foreign to the United States, its territories or possessions on board German vessels voyaging to or from ports of the United States, or its territories or possessions or passing through the territorial waters thereof, and such carriage shall be as now provided by law with respect to the transit of such liquors through the Panama Canal, provided that such liquors shall be kept under seal continuously while the vessel on which they are carried remains within said territorial waters and that no part of such liquors shall at any time or place be unladen within the United States, its territories or possessions.

Article IV

Any claim by a German vessel for compensation on the grounds that it has suffered loss or injury

Verlust oder Unrecht infolge unberechtigter oder nicht sinngemäßer Ausübung der durch Artikel II dieses Abkommens gewährten Rechte erlitten habe, oder aus dem Grunde, daß ihm die Rechte aus Artikel III nicht gewährt worden seien, soll der gemeinschaftlichen Erwägung von zwei Personen unterbreitet werden, von denen die beiden Vertragsteile je eine benennen.

Einigen sich diese auf einen gemeinsamen Bericht, so sollen die darin enthaltenen Vorschläge ausgeführt werden. Kommt ein gemeinsamer Bericht nicht zustande, so soll der Anspruch an den in dem Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle näher bezeichneten ständigen Schiedsgerichtshof im Haag verwiesen werden. Das Schiedsgericht soll gemäß Artikel 87 (Kapitel IV) und Artikel 59 (Kapitel III) des genannten Abkommens gebildet werden. Das Verfahren soll so weit durch Kapitel IV und Kapitel III unter besonderer Berücksichtigung der Artikel 70 und 74, aber mit Ausschluß der Artikel 53 und 54 des genannten Abkommens geregelt werden, als das Schiedsgericht diese für anwendbar und mit den Bestimmungen dieses Abkommens vereinbar hält. Alle Geldbeträge, welche durch das Schiedsgericht auf Grund eines Anspruchs zuerkannt werden, sollen innerhalb 18 Monaten nach dem Tage des endgültigen Urteils ohne Zins und ohne Abzug ausgezahlt werden, unbeschadet der folgenden Bestimmungen. Jede Regierung soll ihre eigenen Unkosten tragen. Die Unkosten des Schiedsgerichts sollen durch einen anteiligen Abzug von dem durch das Schiedsgericht zuerkannten Betrage gedeckt werden, und zwar in Höhe von 5 % dieses Betrages oder in Höhe eines zwischen den beiden Regierungen zu vereinbarenden niedrigeren Prozentsatzes. Ein dabei etwa entstehender Fehlbetrag soll zu gleichen Teilen von den beiden Regierungen gedeckt werden.

Artikel V

Dieses Abkommen soll ratifiziert werden und für den Zeitraum eines Jahres in Kraft bleiben, gerechnet vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an.

Drei Monate vor Ablauf des genannten Zeitraums von einem Jahr kann jeder der beiden Vertragsteile seine Absicht kundtun, Änderungen in den Bestimmungen des Abkommens vorzuschlagen.

Falls derartige Änderungen nicht vor Ablauf des oben erwähnten Zeitraums von einem Jahre vereinbart worden sind, soll das Abkommen erlöschen.

Falls von keiner Seite die Absicht kundgetan wird, Änderungen vorzuschlagen, soll das Abkommen für ein weiteres Jahr in Kraft bleiben und so weiter automatisch bezüglich der jeweiligen Frist von einem Jahr, aber immer vorbehaltlich des Rechtes jeder Partei, wie oben vorgesehen, drei Monate vor deren Beendigung Vorschläge für Änderungen in dem Abkommen zu machen, und vorbehaltlich der Bestimmung, daß, falls solche Änderungen nicht vor Ablauf des Zeitraums von einem Jahr vereinbart worden sind, das Abkommen erlöschen soll.

Artikel VI

Falls einer der Vertragsteile entweder durch richterliche Entscheidung oder durch gesetzliche Maßnahmen verhindert werden sollte, die Bestimmungen dieses Abkommens in vollem Umfange durchzuführen, soll dieses Abkommen von selbst erlöschen, und bei einem solchen Erlöschen oder,

through the improper or unreasonable exercise of the rights conferred by Article II of this Treaty or on the ground that it has not been given the benefit of Article III shall be referred for the joint consideration of two persons, one of whom shall be nominated by each of the High Contracting Parties.

Effect shall be given to the recommendations contained in any such joint report. If no joint report can be agreed upon, the claim shall be referred to the Permanent Court of Arbitration at The Hague described in the Convention for the Pacific Settlement of International Disputes, concluded at The Hague, October 18, 1907. The Arbitral Tribunal shall be constituted in accordance with Article 87 (Chapter IV) and with Article 59 (Chapter III) of the said Convention. The proceedings shall be regulated by so much of Chapter IV of the said Convention and of Chapter III thereof (special regard being had for Articles 70 and 74, but excepting Articles 53 and 54) as the Tribunal may consider to be applicable and to be consistent with the provisions of this agreement. All sums of money which may be awarded by the Tribunal on account of any claim shall be paid within eighteen months after the date of the final award without interest and without deduction, save as hereafter specified. Each Government shall bear its own expenses. The expenses of the Tribunal shall be defrayed by a ratable deduction of the amount of the sums awarded by it, at a rate of five per cent on such sums, or at such lower rate as may be agreed upon between the two Governments; the deficiency, if any, shall be defrayed in equal moieties by the two Governments.

Article V

This Treaty shall be subject to ratification and shall remain in force for a period of one year from the date of the exchange of ratifications.

Three months before the expiration of the said period of one year, either of the High Contracting Parties may give notice of its desire to propose modifications in the terms of the Treaty.

If such modifications have not been agreed upon before the expiration of the term of one year mentioned above, the Treaty shall lapse.

If no notice is given on either side of the desire to propose modifications, the Treaty shall remain in force for another year, and so on automatically, but subject always in respect of each such period of a year to the right on either side to propose as provided above three months before its expiration modifications in the Treaty, and to the provision that if such modifications are not agreed upon before the close of the period of one year, the Treaty shall lapse.

Article VI

In the event that either of the High Contracting Parties shall be prevented either by judicial decision or legislative action from giving full effect to the provisions of the present Treaty the said Treaty shall automatically lapse, and, on such lapse or whenever

wenn immer dieses Abkommen in Geltung zu sein aufhören wird, soll jeder Vertragsteil alle die Rechte genießen, die er besessen haben würde, wenn dieses Abkommen nicht geschlossen worden wäre.

Dieses Abkommen soll ordnungsmäßig vom Deutschen Reichspräsidenten gemäß den Vorschriften der deutschen Reichsverfassung und vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika nach Anhörung und mit Zustimmung des Senats ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen in Washington sobald wie möglich ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen in doppelter Ausfertigung unterzeichnet und darunter ihre Siegel gesetzt.

Gegeben in der Stadt Washington, am neunzehnten Tage des Mai im Jahre des Herrn eintausendneunhundertundvierundzwanzig.

this Treaty shall cease to be in force, each High Contracting Party shall enjoy all the rights which it would have possessed had this Treaty not been concluded.

The present Convention shall be duly ratified by the President of the German Empire in accordance with the requirements of the German Constitution and by the President of the United States of America, by and with the advice and consent of the Senate thereof; and the ratifications shall be exchanged at Washington as soon as possible.

In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the present Convention in duplicate and have thereunto affixed their seals.

Done at the city of Washington, this ninteenth day of May in the year of our Lord one thousand nine hundred and twenty-four.

(L. S.) gez. **Dr. Otto Wiedfeldt**

(L. S.) gez. **Charles Evans Hughes**

Bekanntmachung über die Ratifikation des Internationalen Abkommens zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten und des dazugehörigen Protokolls vom 3. November 1923 durch Ungarn.

Vom 15. April 1926.

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Völkerbundes hat Ungarn das am 3. November 1923 in Genf unterzeichnete Internationale Abkommen zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten sowie das dazugehörige Protokoll vom gleichen Tage (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 672) ratifiziert. Die Ratifikationsurkunde ist am 23. Februar 1926 im Archiv des Sekretariats des Völkerbundes in Genf hinterlegt worden, so daß das Abkommen gemäß seinem Artikel 26 Abs. 1 gegenüber Ungarn mit dem 25. Mai 1926 Gültigkeit erhält.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. März 1926 im Reichsgesetzbl. II S. 183.

Berlin, den 15. April 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
Köpke

Bekanntmachung über die Verlängerung des deutsch-portugiesischen vorläufigen Handelsübereinkommens vom 28. April 1923/31. Dezember 1924.

Vom 19. April 1926.

Durch Notenwechsel zwischen der Deutschen Gesandtschaft in Lissabon und dem Portugiesischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten ist gemäß Artikel 1 des Ermächtigungsgesetzes vom 31. März 1926 (Reichsgesetzbl. II S. 185) die Gültigkeitsdauer des deutsch-portugiesischen vorläufigen Handelsübereinkommens vom 28. April 1923 (Reichsgesetzbl. II S. 309) mit den durch den Notenwechsel vom 31. Dezember 1924 (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 93) vereinbarten Änderungen und Zusätzen bis zum Inkrafttreten des neuen deutsch-portugiesischen Handelsabkommens vom 20. März 1926 und längstens bis zum 2. Juni 1926 verlängert worden.

Berlin, den 19. April 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
Köpke

Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung.

Vom 27. April 1926.

Der durch das Gesetz vom 18. März 1904 (Reichsgesetzbl. S. 141) vorgesehene Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen tritt ein für den vom 25. Juli bis 1. August 1926 stattfindenden deutschen Seeflug-Wettbewerb 1926.

Berlin, den 27. April 1926.

Der Reichsminister der Justiz
In Vertretung
Dr. Joël

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen — Teil I und Teil II —. **Fortlaufender Bezug** nur durch die **Postanstalten.** Der Bezugspreis beträgt für Teil I vierteljährlich 1,00 RM, für Teil II vierteljährlich 1,00 RM.

Einzelbezug jeder (auch jeder älteren) Nummer nur vom **Gesetzsammlungsamt,** Berlin NW 40, Scharnhorststr. 4. Preis für den achtseit. Bogen 10 Pf. (aus abgelauf. Jahrg. 8 Pf.). Bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.

Reichsgesetzblatt

Teil II

1926	Ausgegeben zu Berlin, den 7. Mai 1926	Nr. 19

Inhalt:

Bekanntmachung über die Ratifikation und Ausführung der deutsch-polnischen Rechtsverträge. Vom 28. April 1926 ..... S. 237

Verordnung zur Ausführung des deutsch-polnischen Vertrags über den Rechtsverkehr vom 5. März 1924 (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 139). Vom 29. April 1926 ..... S. 249

Bekanntmachung über die Geltung des Protokolls des Völkerbundes über die Schiedsklauseln im Handelsverkehre vom 24. September 1923 in Neu-Fundland und den Niederlanden sowie dessen Unterzeichnung durch Siam und Polen. Vom 30. April 1926 ..... S. 250

Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung. Vom 27. April 1926 ..... S. 250

Berichtigung ..... S. 250

Bekanntmachung über die Ratifikation und Ausführung der deutsch-polnischen Rechtsverträge. Vom 28. April 1926.

1. Der am 5. März 1924 unterzeichnete Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Polen über den Rechtsverkehr (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 139) ist ratifiziert worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 31. März 1926 in Warschau stattgefunden.

2. Das am 5. März 1924 unterzeichnete deutsch-polnische Vormundschaftsabkommen (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 139) ist ratifiziert worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 31. März 1926 in Berlin stattgefunden.

3. Die Deutsche und die Polnische Regierung haben einander in Ausführung des Artikel 10 Abs. 2 des Vertrags über den Rechtsverkehr die nachstehend abgedruckten doppelsprachigen Formulare für Zustellungsanträge mitgeteilt, die im Rechtshilfeverkehr verwendet werden. Anlage 1 a u. b

4. Die Polnische Regierung hat gemäß Artikel 21 Abs. 1 des Vertrags über den Rechtsverkehr folgende Übersichten der polnischen Behörden mitgeteilt, die unter Beifügung der entsprechenden deutschen Bezeichnungen gleichfalls abgedruckt werden: Anlage 2

a) Verzeichnis der polnischen Gerichte (Artikel 9 des Vertrags);

b) Verzeichnisse der polnischen Behörden, deren Urkunden in Deutschland keiner Beglaubigung bedürfen (Artikel 18 Abs. 1 des Vertrags), nämlich:

aa) der polnischen obersten und höheren Verwaltungsbehörden, Anlage 3

bb) der polnischen obersten Verwaltungsgerichte; Anlage 4

c) Verzeichnis der polnischen obersten Verwaltungsbehörden für die Führung der Standesregister (Artikel 19 Abs. 2 des Vertrags). Anlage 5

5. Die Polnische Regierung hat ferner in Ausführung von Nr. 2 des deutsch-polnischen Notenwechsels über den Rechtsverkehr in Strafsachen vom 16. Dezember 1925 (Reichsgesetzbl. 1926 II S. 89) ein Verzeichnis der polnischen Strafregisterbehörden mitgeteilt, das in Übersetzung nachstehend ebenfalls abgedruckt ist. Anlage 6

Berlin, den 28. April 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen

In Vertretung

von Schubert

Anlage 1a

Ersuchen um Zustellung von Schriftstücken, die für Personen in Polen bestimmt sind.

Odezwa o doręczenie pism, przeznaczonych dla osób w Polsce.

..... (Ort und Datum)

..... (Miejsce i data)

in ..... (ersuchende Behörde)

w ..... (władza wzywająca)

ersucht .....

uprasza .....

in ..... (ersuchte Behörde)

w ..... (władzę wezwaną)

die Zustellung des anliegenden, unten näher bezeichneten Schriftstücks — durch einfache Übergabe — in der
o zarządzenie doręczenia dołączonego, poniżej bliżej określonego pisma — przez zwykłe oddanie — w sposób
durch die polnische innere Gesetzgebung vorgeschriebenen Form [1]) — gemäß Artikel 11 — Absatz 1 —
przepisany polskiem ustawodawstwem wewnętrznem [1]) — stosownie do artykułu 11 — ustęp 1 —
Absatz 2 [1]) — des deutsch-polnischen Vertrags über den Rechtsverkehr vom 5. März 1924 bewirken zu lassen und
ustęp 2 [1]) — układu niemiecko-polskiego z dnia 5 marca 1924 o obrocie prawnym oraz
die Zustellungsurkunde hierher zu übersenden.
o nadesłanie dowodu doręczenia.

— Eine polnische Übersetzung des zuzustellenden Schriftstücks wird beigefügt. [2]) —
— Dołącza się przekład polski pisma przeznaczonego do doręczenia [2]). —

..... (Namensunterschrift)
(Podpis)

Name und Stellung der Parteien:
Nazwiska i oznaczenie stron:

Name und Anschrift der Person, der zugestellt werden soll:
Nazwisko i adres osoby, której ma się doręczyć:

Art des Schriftstücks:
Rodzaj pisma:

---

[1]) Das Nichtzutreffende ist zu streichen.
[1]) Nieodpowiednie przekreślić.

[2]) Diese Worte gelten nur für den Fall, daß in der durch die polnische innere Gesetzgebung vorgeschriebenen Form zugestellt werden soll.
[2]) Ma się to stać tylko wówczas, jeżeli pismo ma być doręczone w sposób przepisany polskiem wewnętrznem ustawodawstwem.

Anlage 1b

Odezwa o doręczenie pism, przeznaczonych dla osób w Niemczech.

Ersuchen um Zustellung von Schriftstücken, die für Personen in Deutschland bestimmt sind.

..... (Miejsce i data)

..... (Ort und Datum)

w ..... (władza wzywająca)

in ..... (ersuchende Behörde)

uprasza .....

ersucht .....

w ..... (władzę wezwaną)

in ..... (ersuchte Behörde)

o zarządzenie doręczenia dołączonego, poniżej bliżej określonego pisma — przez zwykłe oddanie —
die Zustellung des anliegenden, unten näher bezeichneten Schriftstücks — durch einfache Übergabe —

w sposób przepisany niemieckiem ustawodawstwem wewnętrznem[1]) — stosownie do artykułu 11 —
in der durch die deutsche innere Gesetzgebung vorgeschriebenen Form[1]) — gemäß Artikel 11 —

ustęp 1 — ustęp 2[1]) — układu polsko-niemieckiego z dnia 5 marca 1924 o obrocie prawnym oraz
Absatz 1 — Absatz 2[1]) — des polnisch-deutschen Vertrags über den Rechtsverkehr vom 5. März 1924 bewirken zu lassen und

o nadesłanie dowodu doręczenia.
die Zustellungsurkunde hierher zu übersenden.

— Dołącza się przekład niemiecki pisma przeznaczonego do doręczenia[2]). —
— Eine deutsche Übersetzung des zuzustellenden Schriftstücks wird beigefügt.[2]) —

..... (Podpis)
(Namensunterschrift)

Nazwiska i oznaczenie stron:
Name und Stellung der Parteien:

Nazwisko i adres osoby, której ma się doręczyć:
Name und Anschrift der Person, der zugestellt werden soll:

Rodzaj pisma:
Art des Schriftstücks:

---

[1]) Nieodpowiednie przekreślić.
[1]) Das Nichtzutreffende ist zu streichen.

[2]) Ma się to stać tylko wówczas, jeżeli pismo ma być doręczone w sposób przepisany niemieckiem wewnętrznem ustawodawstwem.
[2]) Diese Worte gelten nur für den Fall, daß in der durch die deutsche innere Gesetzgebung vorgeschriebenen Form zugestellt werden soll.

Anlage 2

Verzeichnis der Gerichte der Republik Polen[1].

(Artikel 9, 21 des Vertrags über den Rechtsverkehr.)

Sąd Najwyższy (Oberstes Gericht): Warszawa Warschau.

I. Sąd Apelacyjny (Oberlandesgericht): Katowice Kattowitz.

1. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Cieszyn — Teschen

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

- Bielsko — Bielitz
- Cieszyn — Teschen
- Skoczów — Skotschau
- Strumień — Schwarzwasser

2. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Katowice — Kattowitz

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

- Katowice — Kattowitz
- Królewska Huta — Königshütte
- Lubliniec — Lublinitz
- Mikołów — Nikolai
- Mysłowice — Myslowitz
- Pszczyna — Pleß
- Ruda Śląska — Ruda
- Rybnik — Rybnik
- Tarnowskie Góry — Tarnowitz
- Wodzisław Śląski — Loslau
- Żory — Sohrau

II. Sąd Apelacyjny (Oberlandesgericht): Kraków Krakau.

1. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Jasło — Jaslo

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

- Biecz — Biecz
- Brzostek — Brzostek
- Dukla — Dukla
- Gorlice — Gorlice
- Jasło — Jaslo
- Krosno — Krosno
- Żmigród — Zmigrod

2. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Kraków — Krakau

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

- Bochnia — Bochnia
- Brzesko — Brzesko
- Chrzanów — Chrzanow
- Dobczyce — Dobczyce
- Jaworzno — Jaworzno
- Kraków — Krakau
- Krzeszowice — Krzeszowice
- Liszki — Liszki
- Niepołomice — Niepolomice
- Podgórze — Podgorz
- Radłów — Radlow
- Skawina — Skawina
- Wieliczka — Wieliczka
- Wiśnicz k. Bochni — Wisnicz
- Wojnicz — Wojnicz
- Zakliczyn n. Dunajcem — Zakliczyn

3. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Nowy Sącz — Neu-Sandec

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

- Ciężkowice — Ciezkowice
- Grybów — Grybow
- Limanowa — Limanowa
- Mszana Dolna — Mszana Dolna
- Muszyna — Muszyna
- Nowy Sącz — Neu-Sandec
- Nowy Targ — Neumarkt
- Stary Sącz — Alt-Sandec

4. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Rzeszów — Rzeszow

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

- Głogów — Glogow
- Kolbuszowa — Kolbuszowa
- Leżajsk — Lezajsk
- Łańcut — Lancut
- Nisko — Nisko
- Przeworsk — Przeworsk
- Rozwadów — Rozwadow
- Rzeszów — Rzeszow
- Sokołów k. Rzeszowa — Sokolow
- Strzyszów n. Wisłokiem — Strzyzow

[1]) Den im Rechtshilfeverkehr anzuwendenden amtlichen polnischen Bezeichnungen der Gerichte und Ortsnamen sind zur Aufklärung der deutschen Gerichtsbehörden die entsprechenden deutschen Bezeichnungen beigefügt.

Tarnobrzeg	Tarnobrzeg
Tyczyn	Tyczyn
Ulanów	Ulanow

5. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Tarnów — Tarnow

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Dąbrowa k. Tarnowa	Dombrowa
Dębica	Dembica
Mielec	Mielec
Pilzno	Pilzno
Radomyśl Wielki	Radomyśl Wielki
Ropczyce	Ropczyce
Tarnów	Tarnow
Tuchów	Tuchow
Żabno k. Tarnowa	Zabno

6. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Wadowice — Wadowice

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Andrychów	Andrichau
Biała	Biała
Jordanów	Jordanow
Kalwarja	Kalwarja
Kęty	Kenty
Maków Małopolski	Makow
Milówka	Milowka
Myślenice	Myślenice
Oświęcim	Auschwitz
Sucha k. Żywca	Sucha
Wadowice	Wadowice
Zator	Zator
Żywiec	Saybusch

III. Sąd Apelacyjny (Oberlandesgericht): Lublin Lublin.

1. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Kielce — Kielce

Sąd Pokoju (Amtsgericht):

Bodzentyn	Bodzentyn
Busk Kielecki	Busk
Chęciny	Chencinty
Chmielnik	Chmielnik
Daleszyce p. Kielce	Daleszyce
Jędrzejów *Okręg*[1]) *I*	Jendrzejow, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
» *Okręg III*	» Amtsbezirk III
Kazimierza Wielka *Okręg I*	Kazimierza Wielka, Amtsbezirk I
» Wielka *Okręg II*	» » Amtsbezirk II
Kielce *Okręg I*	Kielce, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Miechów *Okręg I*	Miechow, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Pińczów	Pinczow
Promnik	Promnik
Proszowice	Proszowice
Słomniki	Slomniki
Stopnica	Stopnica
Szczekociny	Szczekociny
Szydłów	Szydlow
Włoszczowa *Okręg I*	Włoszczowa, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II

2. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Lublin — Lublin

Sąd Pokoju (Amtsgericht):

Bełżyce	Belzyce
Bychawa	Bychawa
Chełm Lubelski	Cholm
Janów Lubelski	Janow
Kazimierz n. Wisłą	Kazimierz a. d. Weichsel
Kraśnik	Krasnik
Krasnystaw	Krasnystaw
Kurów	Kurow
Lubartów	Lubartow
Lublin *Okręg I*	Lublin, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
» *Okręg III*	» Amtsbezirk III
» *Sąd dla nieletnich*[2])	
Lublin-Tatary	Lublin-Tatary
Opole	Opole
Puławy	Pulawy
Rury p. Lublin	Rury
Siedliszcze Lubelskie	Siedliszcze

3. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Łuck — Luzk

Sąd Pokoju (Amtsgericht):

Horochów	Horochow
Kamień Koszyrski	Kamin-Koszyrski
Kiwerce	Kiwerce
Kowel	Kowel
Luboml	Luboml
Łokacze	Lokacze
Łuck	Luzk
Ołyka	Olyka
Poryck	Poryck
Ratno	Ratno
Różyszcze	Rozyszcze
Włodzimierz Wołyński	Wlodzimierz

4. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Równe Wołyńskie — Rowno

Sąd Pokoju (Amtsgericht):

Berezno	Berezno
Dąbrowica	Dombrowica
Dubno	Dubno
Kostopol	Kostopol
Krzemieniec	Krzemieniec
Mizocz	Mizocz

[1]) Gerichtsbezirk.
[2]) Strafgericht für Jugendliche.

Ostróg Wołyński	Ostrog
Poczajów	Poczajew
Równe Wołyńskie	Rowne
Sarny	Sarni
Włodzimierzec	Wlodzimierzec
Zdołbunowo	Zdolbunow
Żukowce	Zukowce

5. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Radom — Radom

Sąd Pokoju (Amtsgericht):

Białobrzegi	Bialobrzegi
Drzewica	Drzewica
Iłża	Ilża
Kamienna p. Skarżysko	Kamienna
Klimontów	Klimontow
Końskie *Okręg I*	Konsk, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Kozienice	Kozienice
Lipsko Radomskie	Lipsko
Łagów	Lagow
Magnuszew	Magnuszew
Opatów Kielecki	Opatow
Opoczno	Opoczno
Ostrowiec	Ostrowiec
Ożarów Radomski	Ozarow
Przedbórz	Przedborz
Przytyk	Przytyk
Radom	Radom
Sandomierz	Sandomierz
Sienno Kieleckie	Sienno
Staszów	Staszow
Szydłowiec	Szydlowiec
Wierzbnik	Wierzbnik
Zwoleń	Zwolen
Żarnów	Zarnow

6. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Zamość — Zamosz

Sąd Pokoju (Amtsgericht):

Biłgoraj	Bilgoraj
Hrubieszów	Hrubieszow
Komarów	Komarow
Łaszczów	Laszczow
Szczebrzeszyn	Szczebrzeszyn
Tarnogród	Tarnogrod
Tomaszów Lubelski	Tomaszow
Zamość *Okręg I*	Zamosz, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Zwierzyniec Lubelski	Zwierzyniec

IV. Sąd Apelacyjny (Oberlandesgericht): Lwów Lemberg.

1. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Brzeżany — Brzezany

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Brzeżany	Brzezany
Bursztyn	Burstyn
Chodorów	Chodorow
Kozowa	Kozowa
Podhajce	Podhajce
Przemyślany	Przemyslany
Rohatyn	Rohatyn

2. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Czortków — Czortkow

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Borszczów	Borszczow
Budzanów k. Trembowli	Budzanow
Czortków	Czortkow
Kopyczyńce	Kopyczynce
Mielnica	Mielnica
Tłuste	Tluste
Zaleszczyki	Zaleszczyki

3. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Kołomyja — Kolomea

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Gwoździec	Gwozdziec
Horodenka	Horodenka
Jabłonów k. Kołomyi	Jablonow
Kołomyja	Kolomea
Kosów k. Kołomyi	Kosow
Kuty	Kuty
Obertyn	Obertyn
Peczyniżyn	Peczyniżyn
Śniatyn	Sniatyn
Zabłotów	Zablotow
Żabie	Zabie

4. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Lwów — Lemberg

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Bełz	Belz
Bóbrka	Bobrka
Cieszanów	Cieszanow
Gródek Jagielloński	Grodek Jagiellonski
Kulików	Kulikow
Lwów *Sekcja I cywilna dla miasta* [1])	Lemberg I
» *Sekcja II dla powiatu* [2])	» II
» *Sekcja III karna* [3])	» III
Lubaczów	Lubaczow
Mosty Wielkie	Mosty Wielkie
Niemirów	Niemirow
Rawa Ruska	Rawa Ruska
Sokal	Sokal

[1]) Abteilung I Zivilsachen Stadt.
[2]) Abteilung II Zivilsachen Land.
[3]) Abteilung III Strafsachen.

Szczerzec k. Lwowa	Szczerzec
Uhnów	Uhnow
Winniki	Winniki
Żółkiew	Zolkiew

5. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Przemyśl — Przemyśl

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Dobromil	Dobromil
Dubiecko	Dubiecko
Jarosław	Jaroslau
Jaworów	Jaworow
Krakowiec	Krakowiec
Mościska	Mosciska
Niżankowice	Nizankowice
Pruchnik	Pruchnik
Przemyśl	Przemysl
Radymno	Radymno
Sądowa Wisznia	Sadowa-Wisznia
Sieniawa	Sieniawa

6. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Sambor — Sambor

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Borynia	Borunia
Drohobycz	Drohobycz
Komarno	Komarno
Podbuż	Podbuz
Rudki	Rudki
Sambor	Sambor
Stary Sambor	Alt-Sambor
Turka n. Stryjem	Turka a. Stryj

7. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Sanok — Sanok

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Baligród	Baligrod
Bircza	Bircza
Brzozów	Brzozow
Bukowsko	Bukowsko
Dynów	Dynow
Lisko	Lisko
Lutowiska	Lutowiska
Rymanów	Rymanow
Sanok	Sanok
Ustrzyki Dolne	Ustrzyki Dolne

8. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Stanisławów — Stanislau

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Bohorodczany	Bohorodczany
Buczacz	Buczacz
Delatyn	Delatyn
Halicz	Halicz
Kałusz	Kalusz
Monasterzyska	Monasterzyska
Nadwórna	Nadworna
Ottynia	Ottynia
Potok Złoty k. Buczacza	Potok Zloty
Sołotwina	Solotwina
Stanisławów	Stanislau
Tłumacz	Tlumacz
Tyśmienica	Tysmienica

9. Sąd Okręgowy (Landgericht)

Stryj — Stryj

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Bolechów	Bolechow
Dolina	Dolina
Medenice	Medenice
Mikołajów	Mikolajow
Różniatów	Rozniatow
Skole	Skole
Stryj	Stryj
Żurawno	Zurawno
Żydaczów	Zydaczow

10. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Tarnopol — Tarnopol

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Grzymałów	Grzymalow
Mikulińce	Mikulince
Nowesioło k. Podwołoczysk	Nowesiolo
Podwołoczyska	Podwoloczyska
Skałat	Skalat
Tarnopol	Tarnopol
Trembowla	Trembowla
Zbaraż	Zbaraz

11. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Złoczów — Zloczow

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Brody	Brody
Busk k. Lwowa	Busk
Gliniany	Gliniany
Kamionka Strumiłowa	Kamionka Strumilowa
Łopatyn	Lopatyn
Olesko	Olesko
Podkamień k. Brodów	Podkamien
Radziechów	Radziechow
Zborów	Zborow
Złoczów	Zloczow

V. Sąd Apelacyjny (Oberlandesgericht): Poznań Posen.

1. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Bydgoszcz — Bromberg

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Bydgoszcz	Bromberg
Inowrocław	Hohensalza
Kcynia	Exin
Koronowo	Crone a. d. Brahe
Łabiszyn	Labischin
Łobżenica	Lobsens
Margonin	Margonin
Nakło	Nakel (Netze)

Strzelno	Strelno
Szubin	Schubin
Wyrzysk	Wirsitz
Żnin	Znin

2. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Gniezno — Gnesen

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Gniezno	Gnesen
Mogilno	Mogilno
Trzemeszno	Tremessen
Wągrówiec	Wongrowitz
Witkowo	Witkowo
Września	Wreschen

3. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Leszno — Lissa

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Bojanowo Poznańskie	Bojanowo
Gostyń	Gostyn
Jutrosin	Jutroschin
Kościan	Kosten
Leszno	Lissa
Rawicz	Rawitsch
Śmigiel	Schmiegel
Wolsztyn	Wollstein

4. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Ostrów Poznański — Ostrowo

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Jarocin Poznański	Jarotschin
Kępno	Kempen
Koźmin	Koschmin
Krotoszyn	Krotoschin
Odolanów	Adelnau
Ostrów Poznański	Ostrowo
Ostrzeszów	Schildberg
Pleszew	Pleschen

5. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Poznań — Posen

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Chodzież	Kolmar
Czarnków	Czarnikau
Grodzisk Poznański	Grätz
Międzychód n. Wartą	Birnbaum a. d. Warthe
Nowy Tomyśl	Neutomischel
Oborniki	Obornik
Pniewy	Pinne
Pobiedziska	Pudewitz
Poznań	Posen
Rogoźno n. Wełną	Rogasen
Szamotuły	Samter
Śrem	Schrimm
Środa	Schroda
Wieleń	Filehne
Wronki	Wronke
Zbąszyń	Bentschen

VI. Sąd Apelacyjny (Oberlandesgericht): Toruń Thorn.

1. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Chojnice — Konitz

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Chojnice	Konitz
Czersk	Czersk
Kościerzyna	Berent
Sępolno	Zempelburg
Tuchola	Tuchel
Więcbork	Vandsburg

2. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Grudziądz — Graudenz

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Gniew	Mewe
Grudziądz	Graudenz
Nowe	Neuenburg
Świecie n. Wisłą	Schwetz

3. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Starogard — Stargard

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Kartuzy	Karthaus
Puck	Putzig
Skarszewy	Schöneck
Starogard	Stargard
Tczew	Dirschau
Wejherowo	Neustadt (b. Rheda)

4. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Toruń — Thorn

Sąd Powiatowy (Amtsgericht):

Brodnica n. Drwęcą	Strasburg
Chełmno	Culm
Chełmża	Culmsee
Działdowo	Soldau
Gołub	Gollub
Lidzbark	Lautenburg
Lubawa	Löbau
Nowe Miasto n. Drwęcą	Neumark
Toruń	Thorn
Wąbrzeźno	Briesen bei Schönsee

VII. Sąd Apelacyjny (Oberlandesgericht): Warszawa Warschau.

1. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Biała	Biala
Sąd Pokoju (Amtsgericht):	
Biała Podlaska	Biala
Janów Podlaski	Janow
Łosice	Losice
Międzyrzec	Miedzyrzec
Parczew	Parczew
Piszczac	Piszczac
Radzyń Podlaski	Radzyn
Włodawa	Wlodawa

2. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Białystok	Bialystok
Sąd Pokoju (Amtsgericht):	
Białowieża	Bialowieza
Białystok *Okręg I*	Bialystok, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
» *Okręg III*	» Amtsbezirk III
» *Okręg IV*	» Amtsbezirk IV
Bielsk Podlaski	Bielsk
Ciechanowiec	Ciechanowiec
Knyszyn	Knyszyn
Siemiatycze	Siemiatycze
Sokółka *Okręg I*	Sokolka, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II

3. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Kalisz	Kalisch
Sąd Pokoju (Amtsgericht):	
Błaszki	Blaszki
Dąbie n. Nerem	Dombie a. Ner
Kalisz *Okręg I*	Kalisch, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Kleczew	Kleczew
Koło	Kolo
Konin *Okręg I*	Konin, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Osiaków	Osjakow
Praszka	Praszka
Sieradz *Okręg I*	Sieradz, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Słupca	Slupca
Turek	Turek
Tyniec p. Kalisz	Tyniec
Uniejów	Uniejow
Warta	Warta
Wieluń	Wielun
Zagórów	Zagorow
Zduńska Wola	Zdunska Wola
Złoczew Kaliski	Zloczew

4. Sąd Okręgowy (Landgericht).

Łomża	Lomza
Sąd Pokoju (Amtsgericht):	
Czerwin	Czerwin
Czyżew	Czyzew
Grajewo	Grajewo
Kolno	Kolno
Łomża	Lomza
Myszyniec	Myszyniec
Ostrołęka	Ostrolenka
Ostrów Łomżyński *Okręg I*	Ostrow, Amtsbezirk I
» » *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Poręba n. Bugiem	Poremba a. Bug
Rajgród	Rajgrod
Rutki-Kossaki	Rutki
Sokoły	Sokoly
Stawiski	Stawiski
Szczuczyn	Szczuczyn
Śniadowo	Sniadowo
Wysokie Mazowieckie	Wysokie
Zambrów	Zambrow

5. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Łódź	Lodz
Sąd Pokoju (Amtsgericht):	
Brzeziny Łódzkie	Brzeziny
Konstantynów n. Nerem	Konstantinow
Łask	Lask
Łęczyca	Leczyca
Łódź *Okręg I*	Lodz, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
» *Okręg III*	» Amtsbezirk III
» *Okręg IV*	» Amtsbezirk IV
» *Okręg V*	» Amtsbezirk V
» *Okręg VI*	» Amtsbezirk VI
» *Okręg VII*	» Amtsbezirk VII
» *Okręg VIII*	» Amtsbezirk VIII
» *Okręg IX*	» Amtsbezirk IX
» *Okręg X*	» Amtsbezirk X
» *Sąd dla nieletnich* [1])	»
» *Sąd dla spraw o lichwę wojenną* [2])	»
Ozorków	Ozorkow
Pabjanice	Pabjanice
Poddębice	Poddembice
Stryków Łódzki	Strykow
Tuszyn	Tuszyn
Widawa	Widawa
Zgierz	Zgierz

6. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Mława	Mlawa
Sąd Pokoju (Amtsgericht):	
Chorzele	Chorzele
Ciechanów Mazowiecki	Chiechanow
Kuczbork	Kuczbork
Maków n. Orzycem	Makow
Mława	Mlawa
Nasielsk	Nasielsk
Przasnysz	Przasnysz
Pułtusk	Pultusk
Różan	Rozan
Wyszków	Wyszkow

[1]) Strafgericht für Jugendliche.
[2]) Kriegswuchergericht.

7. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Piotrków	Petrikau

Sąd Pokoju (Amtsgericht):

Bełchatów	Belchatow
Częstochowa *Okręg I*	Czenstochau, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
» *Okręg III*	» Amtsbezirk III
Kłobuck	Klobuck
Kłomnice	Klomnice
Krzepice	Krzepice
Piotrków Trybunalski	Petrikau
Radomsk *Miasto*[1])	Radomsk, Amtsbezirk I Stadt
» *Okolica*[2])	» Amtsbezirk II Land
Rawa Mazowiecka	Rawa
Sulejów	Sulejow
Tomaszów Rawski	Tomaszow

8. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Płock	Plozk

Sąd Pokoju (Amtsgericht):

Bieżuń	Biezun
Drobin	Drobin
Gostynin	Gostynin
Płock *Okręg I*	Plozk, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Płońsk *Okręg I*	Plonsk, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Rypin *Okręg I*	Rypin, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Sierpc	Sierpc
Wyszogród	Wyszogrod

9. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Siedlce	Siedlce

Sąd Pokoju (Amtsgericht):

Garwolin	Garwolin
Grębków p. Kałuszyn	Grembkow
Kossów	Kossow
Łuków *Okręg I*	Lukow, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Maciejowice	Maciejowice
Mordy	Mordy
Siedlce *Okręg I*	Siedlce, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Skrzeszew p. Sokołów	Skrzeszewice
Sobienie-Jeziory	Sobienie-Jeziory
Sokołów Podlaski	Sokolow
Stoczek Węgrowski	Stoczek
Węgrów	Wengrowo
Wiszniów p. Domanice	Wisniow
Żelechów	Zelechow

10. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Sosnowiec	Sosnowice

Sąd Pokoju (Amtsgericht):

Będzin	Bendzin
Dąbrowa górnicza	Dombrowa
Olkusz	Olkusz
Pilica	Pilica
Siewierz	Siewierz
Skała p. Ojcowem	Skala
Sosnowiec	Sosnowice, Amtsbezirk I, II, III
» *Sąd Pokoju dla spraw o lichwę wojenną*[3])	»
Wolbrom	Wolbrom
Zawiercie	Zawiercie
Żarki	Zarki

11. Sąd Okręgowy (Landgericht)

Suwałki	Suwalki

Sąd Pokoju (Amtsgericht):

Augustów	Augustow
Sejny	Sejny
Sopoćkinie	Sopockinie
Suwałki *Okręg I*	Suwalki, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II

12. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Warszawa	Warschau

Sąd Pokoju (Amtsgericht):

Góra-Kalwarja	Gora Kalwarja
Grodzisk Warszawski	Grodzisk
Grójec	Grojec
Jabłonna k. Warszawy	Jablonna
Jadów	Jadow
Łowicz *Okręg I*	Lowitsch, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Mińsk-Mazowiecki *Okręg I*	Minsk, Amtsbezirk I
Mińsk-Mazowiecki *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Mogielnica k. Grójca	Mogielnica
Nowy Dwór k. Modlina	Nowy Dwor
Otwock	Otwock
Piaseczno k. Warszawy	Piaseczno
Skierniewice *Okręg I*	Skierniewice, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Sochaczew *Okręg I*	Sochaczew, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Radzymin	Radzymin
Warka	Warka
Warszawa *Okręg I*	Warschau, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
» *Okręg III*	» Amtsbezirk III
» *Okręg IV*	» Amtsbezirk IV
» *Okręg V*	» Amtsbezirk V
» *Okręg VI*	» Amtsbezirk VI
» *Okręg VII*	» Amtsbezirk VII
» *Okręg VIII*	» Amtsbezirk VIII
» *Okręg IX*	» Amtsbezirk IX
» *Okręg X*	» Amtsbezirk X
» *Okręg XI*	» Amtsbezirk XI

[1]) Stadt.
[2]) Land.
[3]) Kriegswuchergericht.

Warszawa *Okręg XII*	Warschau, Amtsbezirk	XII
» *Okręg XIII*	» Amtsbezirk	XIII
» *Okręg XIV*	» Amtsbezirk	XIV
» *Okręg XV*	» Amtsbezirk	XV
» *Okręg XVI*	» Amtsbezirk	XVI
» *Okręg XVII*	» Amtsbezirk	XVII
» *Okręg XVIII*	» Amtsbezirk	XVIII
» *Okręg XIX*	» Amtsbezirk	XIX
» *Okręg XX*	» Amtsbezirk	XX
» *Okręg XXI*	» Amtsbezirk	XXI
» *Okręg XXII*	» Amtsbezirk	XXII
» *Okręg XXIII*	» Amtsbezirk	XXIII
» *Okręg XXIV*	» Amtsbezirk	XXIV
» *Okręg XXV*	» Amtsbezirk	XXV
» *Okręg XXVI*	» Amtsbezirk	XXVI
» *Okręg XXVII*	» Amtsbezirk	XXVII
» *Okręg XXVIII*	» Amtsbezirk	XXVIII
» *Okręg XXIX*	» Amtsbezirk	XXIX
» *Sąd dla nieletnich* [1]	»	
Warszawa *Sąd dla spraw o lichwę wojenną* [2]	Warschau	
Wołomin	Wolomin	
Żyrardów	Zyrardow	

13. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Włocławek	Wloclawek

Sąd Pokoju (Amtsgericht):

Aleksandrów Kujawski	Alexandrowo
Brześć Kujawski	Brzesc Kujawski
Chodecz	Chodecz
Krośniewice	Krosniewice
Kutno	Kutno
Lipno Warszawskie	Lipno
Radziejów Kujawski	Radziejow
Włocławek *Okręg I*	Wloclawek, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Żychlin	Zychlin

VIII. Sąd Apelacyjny (Oberlandesgericht): Wilno Wilna.

1. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Grodno	Grodno

Sąd Pokoju (Amtsgericht):

Bereza Kartuzka	Bereza-Kartuska
Dereczyn	Dereczyn
Druskieniki	Druskieniki
Grodno *Okręg I*	Grodno, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
» *Okręg III*	» Amtsbezirk III
Indura	Indura
Kosów Poleski	Kosow i Poleskie
Krynki	Krynki
Porozowo	Porozowo
Prużana	Pruzany
Słonim *Okręg I*	Slonim, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
» *Okręg III*	» Amtsbezirk III
Szereszew	Szerejew
Swisłocz	Swisslotsch
Wołkowysk *Okręg I*	Wilkowischki, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Zdzięcioł	Zdzieciol
Zelwa	Zelwa

2. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Nowogródek	Nowogrodek

Sąd Pokoju (Amtsgericht):

Baranowicze *Okręg I*	Baranowicze, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Horodziej	Horodziej
Kleck	Kleck
Lachowiczek. Baranowicz	Lachowicze
Nieśwież	Nieswiez
Nowogródek *Okręg I*	Nowogrodek, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Raków Nowogrodzki	Rakow
Rubieżewicze	Rubiezewice
Stołpce	Stolpce
Wsielub	Wsielub

3. Sąd Okręgowy (Landgericht):

Pińsk	Pinsk

Sąd Pokoju (Amtsgericht):

Brześć n. Bugiem *Okręg I*	Brestlitowsk a. Bug, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Dawidgródek	Dawidgrodek
Derewek p. Lubieszowska Wólka	Derewek
Domaczewo	Domatschewo
Drohiczyn Poleski	Drohiczyn
Hancewicze	Hancewicze
Janów Kobryński	Janow
Kamieniec Litewski	Kamieniec
Kobryń *Okręg I*	Kobryn, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
» *Okręg III*	» Amtsbezirk III
Łachwa	Lachwa
Łuniniec	Luniniec
Małoryta	Maloryta
Pińsk *Okręg I*	Pinsk, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
» *Okręg III*	» Amtsbezirk III
Stolin	Stolin
Wysokie Litewskie	Wysokie

[1]) Strafgericht für Jugendliche.
[2]) Kriegswuchergericht.

4. Sąd Okręgowy (Landgericht):	
Wilno	Wilna
Sąd Pokoju (Amtsgericht):	
Brasław	Braslaw
Derewno	Derewno
Dokszyce	Dokschyce
Druja	Druja
Dukszty	Dukschty
Dzisna	Dzisna
Ejszyszki	Eischyschki
Głębokie	Glembokie
Holszany	Holschany
Ilja	Ilja
Iwje k. Lidy	Iwie
Jaszuny	Jaschuny
Komaje	Komaje
Krasne n. Uszą	Krasne a. Ussa
Landwarów	Landwarowo
Lida *Okręg I*	Lida, Amtsbezirk I
» *Okręg II*	» Amtsbezirk II
Lipniszki	Lipnischki
Łużki	Luzki
Miadzioł	Miadziol
Nowo-Święciany	Nowo-Swenziany
Oszmiana	Oschmiana
Postawy	Postawy
Szarkowczyzna	Szarkowczyzna
Szczuczyn Lidzki	Szczuczyn
Święciany Wileńskie	Swenziany
Swir	Swir
Wasiliszki	Wasilischki
Wilejka	Wilejka
Wilno	Wilna
Wołożyn	Wolozyn
Worniany	Worniany
Zalesie	Zalesie

Anlage 3

Verzeichnis

der polnischen obersten und höheren Verwaltungsbehörden, deren Urkunden im Deutschen Reiche keiner Beglaubigung bedürfen

(Artikel 18, 21 des Vertrags über den Rechtsverkehr)

Alle Ministerien einschließlich des Präsidiums des Ministerrats,
die Kanzlei des Sejms und des Senats;
die Wojewodschaften;
der Regierungskommissar für die Hauptstadt Warschau;
die Schulkuratorien.

Anlage 4

Verzeichnis

der obersten Verwaltungsgerichte der Republik Polen

(Artikel 18, 21 des Vertrags über den Rechtsverkehr)

Oberstes Verwaltungsgericht, Warschau.

Anlage 5

Verzeichnis

der obersten Verwaltungsbehörden für die Führung der Standesregister in der Republik Polen

(Artikel 19, 21 des Vertrags über den Rechtsverkehr)

1. Für die Wojewodschaften Pommerellen, Posen, Schlesien, Krakau, Lemberg, Stanislau und Tarnopel: Polnisches Ministerium des Innern, Warschau;
2. für alle anderen Wojewodschaften: Polnisches Justizministerium, Warschau.

Anlage 6

Verzeichnis

der Strafregisterbehörden[1]) der Republik Polen

(Nr. 2 des Notenwechsels vom 16. Dezember 1925)

1. Für die Appellationsgerichtsbezirke: Lublin, Warschau und Wilno: Justizministerium, Warschau;
2. für die Appellationsgerichtsbezirke Kattowitz, Krakau, Lemberg, Posen und Thorn: Staatsanwalt bei dem Landgericht[2]).

[1]) Als zuständig gilt die Behörde, in deren Bezirk die Person geboren ist.

[2]) Anschrift: Prokurator przy Sądzie Okregowym.

Verordnung zur Ausführung des deutsch-polnischen Vertrags über den Rechtsverkehr vom 5. März 1924 (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 139). Vom 29. April 1926.

Auf Grund des § 2 des Gesetzes wegen des deutsch-polnischen Vertrags über den Rechtsverkehr und wegen des deutsch-polnischen Vormundschaftsabkommens vom 19. März 1925 (Reichsgesetzbl. II S. 139) verordnet die Reichsregierung zur Ausführung des Vertrags über den Rechtsverkehr:

Artikel 1

Für die Erledigung der im Artikel 9 des Vertrags vorgesehenen Rechtshilfeangelegenheiten ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirke die Amtshandlung vorgenommen werden soll.

Artikel 2

Die im Artikel 3 des Vertrags bezeichneten Kostenentscheidungen der polnischen Gerichte werden durch Beschluß des Amtsgerichts für vollstreckbar erklärt.

Örtlich zuständig ist das Gericht, bei dem der Kostenschuldner seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, und in Ermangelung eines solchen das Gericht, in dessen Bezirke sich Vermögen des Kostenschuldners befindet oder die Vollstreckungshandlung vorzunehmen ist.

Artikel 3

Ist der Antrag auf Vollstreckbarkeitserklärung auf diplomatischem Wege gestellt, so hat das Amtsgericht eine von Amts wegen zu erteilende Ausfertigung seines Beschlusses der Landesjustizverwaltung einzureichen; die Ausfertigung ist, sofern dem Antrag stattgegeben wird, mit der Vollstreckungsklausel zu versehen.

Ist der Antrag auf Vollstreckbarkeitserklärung durch die beteiligte Partei unmittelbar gestellt worden, so ist der Beschluß beiden Teilen von Amts wegen zuzustellen.

Artikel 4

Gegen Beschlüsse, durch die der Antrag auf Vollstreckbarkeitserklärung abgelehnt wird, findet die Beschwerde nach Maßgabe der §§ 568 bis 571, 573 bis 575 der Zivilprozeßordnung statt. Die Beschwerde steht, sofern der Antrag auf diplomatischem Wege gestellt ist, dem Staatsanwalt, sofern er durch die beteiligte Partei unmittelbar gestellt worden ist, dem Antragsteller zu.

Gegen Beschlüsse, durch die dem Antrag auf Vollstreckbarkeitserklärung stattgegeben wird, steht dem Kostenschuldner die sofortige Beschwerde nach Maßgabe der §§ 568 bis 575, 577 der Zivilprozeßordnung zu.

Artikel 5

Aus den für vollstreckbar erklärten Kostenentscheidungen findet die Zwangsvollstreckung gemäß den Vorschriften der Zivilprozeßordnung statt; die Vorschrift des § 798 findet entsprechende Anwendung.

Artikel 6

Für die gerichtlichen Entscheidungen, die über den Betrag der Gerichtskosten nach Artikel 3 Abs. 2 des Vertrags zur Herbeiführung der Vollstreckbarkeitserklärung in der Republik Polen zu erlassen sind, ist das Gericht der Instanz zuständig; die Entscheidungen ergehen auf Antrag der für die Beitreibung der Gerichtskosten zuständigen Behörde.

Gegen die Entscheidung findet sofortige Beschwerde nach Maßgabe der §§ 568 bis 575, 577 der Zivilprozeßordnung statt. Die Einlegung kann durch Erklärung zum Protokoll des Gerichtsschreibers oder schriftlich ohne Mitwirkung eines Anwalts erfolgen. Die von einem Oberlandesgerichte getroffene Entscheidung unterliegt der Anfechtung nicht.

Artikel 7

Für eine Zustellung in der Republik Polen, die von dem darum ersuchten diplomatischen oder konsularischen Vertreter des Reichs gemäß Artikel 13 des Vertrags unmittelbar bewirkt wird, beträgt die Gebühr 1,50 Reichsmark.

Artikel 8

Die für die Erhebung von Auslagen geltenden reichs- und landesrechtlichen Vorschriften finden auf die gemäß Artikel 17 Abs. 2 des Vertrags von der ersuchten polnischen Behörde mitgeteilten Auslagen entsprechende Anwendung.

Berlin, den 29. April 1926.

Der Reichsminister der Justiz
Marx

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
Köpke

Bekanntmachung über die Geltung des Protokolls des Völkerbundes über die Schiedsklauseln im Handelsverkehre vom 24. September 1923 in Neu-Fundland und den Niederlanden sowie dessen Unterzeichnung durch Siam und Polen. Vom 30. April 1926.

Dem am 24. September 1923 in Genf vom Völkerbund aufgelegten Protokoll über die Schiedsklauseln im Handelsverkehr ist die Britische Regierung durch Erklärung vom 18. Juni 1925 für Neu-Fundland beigetreten. Der Beitritt ist am 9. August 1925 wirksam geworden.

Das Protokoll ist am 6. August 1925 von der Niederländischen Regierung sowohl für das Königreich in Europa als auch für Niederländisch Indien, Surinam und Curaçao mit Wirkung vom 22. September 1925 ratifiziert worden.

Ferner haben das Protokoll nachträglich unterzeichnet:

Siam am 19. Mai 1925 mit Vorbehalt wie folgt:

The Siamese Government in signing this Protocol does so under reservation that it thereby assumes no obligation to enforce the provisions of this Convention in violation of existing or future Treaty provisions granting to Foreigners exemption from Siamese jurisdiction.

(Übersetzung)

Die Siamesische Regierung zeichnet dieses Protokoll mit dem Vorbehalt, daß sie damit keinerlei Verpflichtung übernimmt, den Bestimmungen dieses Abkommens Geltung zu verschaffen, soweit dadurch bestehende oder künftige Vertragsbestimmungen verletzt werden, die Ausländern Befreiung von der siamesischen Gerichtsbarkeit gewährleisten.

Polen am 22. September 1925 mit Vorbehalt wie folgt:

Au nom du Gouvernement de la République de Pologne je signe le présent Protocole avec la réserve que conformément à l'alinéa 2 de l'article premier l'engagement prévu audit article s'appliquera uniquement aux contrats qui sont déclarés commerciaux par le droit national polonais.

(Übersetzung)

Im Namen der Regierung des Freistaats Polen unterzeichne ich das vorliegende Protokoll mit dem Vorbehalt, daß gemäß Abs. 2 des Artikel 1 die in diesem Artikel vorgesehene Verpflichtung nur auf Verträge Anwendung finden soll, die durch das polnische Landesrecht als Handelsgeschäfte bezeichnet werden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Juli 1925 im Reichsgesetzblatt von 1925, Teil II, S. 660.

Berlin, den 30. April 1926.

Der Reichsminister des Auswärtigen

In Vertretung

Köpke

Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung. Vom 27. April 1926.

Der durch das Gesetz vom 18. März 1904 (Reichsgesetzbl. S. 141) vorgesehene Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen tritt ein für die in der Zeit vom 8. bis 25. Mai 1926 in Potsdam stattfindende Allgemeine Wassersport-Ausstellung 1926 (AWA.).

Berlin, den 27. April 1926.

Der Reichsminister der Justiz

In Vertretung

Dr. Joël

Berichtigung

zu der Bekanntmachung vom 31. März 1926 über die Ratifizierung des vorläufigen Handelsabkommens zwischen dem Deutschen Reiche und der Türkischen Republik. Vom 13. Dezember 1925.

Im Reichsgesetzblatt 1926, Teil II, Nr. 16, Seite 211, ist in der vierten Zeile die Angabe Reichsgesetzblatt 1925 in Reichsgesetzblatt 1926 zu ändern.

Berlin, den 30. April 1926.

In Vertretung

Köpke

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen — Teil I und Teil II —. **Fortlaufender Bezug** nur durch die **Postanstalten.** Der Bezugspreis beträgt für Teil I vierteljährlich 1,00 RM, für Teil II vierteljährlich 1,00 RM.

Einzelbezug jeder (auch jeder älteren) Nummer nur vom **Gesetzsammlungsamt,** Berlin NW 40, Scharnhorststr. 4. Preis für den achtseit. Bogen 10 Pf. (aus abgelauf. Jahrg. 8 Pf.). Bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.

Reichsgesetzblatt

Teil II

1926 | Ausgegeben zu Berlin, den 14. Mai 1926 | Nr. 20

Inhalt: Achte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Industriebelastung (Industriebelastungsgesetz) vom 30. August 1924. Vom 27. April 1926 ..... S. 251

Bekanntmachung über Errichtung einer Abrechnungsstelle im Scheckverkehre. Vom 5. Mai 1926 ..... » 252

Zweite Verordnung über Erstattung der von der Französischen Regierung erhobenen Reparationsabgabe. (Ausführung des Gesetzes über die Londoner Konferenz.) Vom 7. Mai 1926 ..... » 252

Achte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Industriebelastung (Industriebelastungsgesetz) vom 30. August 1924. Vom 27. April 1926 *).

Auf Grund der §§ 49, 71 Abs. 1 des Industriebelastungsgesetzes vom 30. August 1924 (Reichsgesetzbl. II S. 257) und der §§ 12, 13 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Industriebelastung vom 5. Dezember 1924 (Reichsgesetzbl. II S. 427) wird hiermit verordnet:

§ 1

(1) Im Falle einer nach dem 30. April 1926 erfolgenden Veräußerung eines Grundstücks, auf dem die öffentliche Last ruht, ist vom 1. Mai 1926 ab vor der Eintragung des Eigentumswechsels die Höhe der Zins- und Tilgungsbeträge, für die das Grundstück haftet, in das Grundbuch einzutragen (§ 43 Abs. 1 des Industriebelastungsgesetzes).

(2) Soweit Grundstücke, auf denen die öffentliche Last ruht, in der Zeit zwischen dem 1. September 1924 und dem 30. April 1926 veräußert worden sind, hat dies der Veräußerer der Bank bis zum 30. September 1926 anzuzeigen und dabei die von der Bank zu bezeichnenden Angaben zu machen. Die vorsätzliche Unterlassung der Anzeige oder der geforderten Angaben sowie ihre wissentlich unrichtige Erstattung wird mit Geldstrafe bestraft. Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag des Vorstandes der Bank ein; die Zurücknahme des Antrags ist zulässig. Sofern die veräußerten Grundstücke nicht nachträglich aus der Haftung entlassen werden, findet die Eintragung der Höhe der Zins- und Tilgungsbeträge, für die das Grundstück in Zukunft haftet (§ 43 Abs. 1 Satz 4 des Industriebelastungsgesetzes), auf Antrag eines der Beteiligten statt.

§ 2

Vom 1. Mai 1926 an wird der Nachweis, daß ein Grundstück auf Grund des Industriebelastungsgesetzes nicht belastet ist, durch eine Bescheinigung der Bank für deutsche Industrieobligationen geführt.

§ 3

(1) Im Falle der Veräußerung eines Grundstücks hat der die Veräußerung beurkundende Richter oder Notar eine in die Urkunde aufzunehmende Erklärung des Veräußerers zu veranlassen, ob er zur Industriebelastung herangezogen worden ist, und wenn diese Frage bejaht wird, ob das Grundstück zum belasteten Betriebsvermögen gehört. Auf die Erklärung findet § 24 der Ersten Durchführungsbestimmungen zum Industriebelastungsgesetze vom 28. Oktober 1924 (Reichsgesetzbl. II S. 421) Anwendung; der Veräußerer ist hierauf ausdrücklich hinzuweisen. Die Strafverfolgung wegen Abgabe einer unrichtigen Erklärung tritt nur auf Antrag des Vorstandes der Bank ein; die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

(2) Verneint der Veräußerer eine der im Abs. 1 Satz 1 vorgesehenen Fragen, so bedarf es für die Eintragung des Eigentumswechsels einer Bescheinigung der Bank nach § 2 nicht, es sei denn, daß dem Grundbuchamte Tatsachen bekannt sind, die zu Zweifeln Anlaß geben.

(3) Bejaht der Veräußerer beide im Abs. 1 Satz 1 vorgesehenen Fragen, so gilt dem Grundbuchamte gegenüber der Nachweis, daß das Grundstück auf Grund des Industriebelastungsgesetzes belastet ist, als erbracht, es sei denn, daß dem Grundbuchamte Tatsachen bekannt sind, die zu Zweifeln Anlaß geben.

§ 4

Die für Grundstücke getroffenen Bestimmungen gelten für Erbbaurechte, Kohlenabbaugerechtigkeiten, Bergwerkseigentum und Bahneinheiten entsprechend.

§ 5

Als Kalenderjahr, in dem die erste Neuumlegung erfolgt (§§ 46, 47 und 49 des Industriebelastungsgesetzes), wird das Kalenderjahr 1926 bestimmt. Für spätere Neuumlegungen wird das Kalenderjahr durch die Reichsregierung bekanntgemacht.

§ 6

Geht das Betriebsvermögen eines belasteten Unternehmers zu einem Bruchteil auf einen andern über (§ 49 des Industriebelastungsgesetzes), so erteilt das Finanzamt über die Verteilung der Jahresleistungen dem Veräußerer und dem Erwerber auf Antrag des Veräußerers, des Erwerbers oder der Bank einen schriftlichen Bescheid (Verteilungsbescheid). Der Bescheid ist

*) Veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 97 vom 27. April 1926.

(Vierzehnter Tag nach Ablauf des Ausgabetags: 28. Mai 1926)

auch der Bank mitzuteilen. Gegen den Verteilungsbescheid ist nur die Beschwerde an das Landesfinanzamt (§§ 224, 281 der Reichsabgabenordnung) zulässig.

§ 7

(1) Kommt ein nach den §§ 49 Abs. 2, 50 des Industriebelastungsgesetzes zur Sicherstellung verpflichteter Unternehmer der Aufforderung der Bank zur Sicherstellung nicht freiwillig nach, so kann diese die Sicherstellung durch einen gemäß § 46 des Gesetzes zu stellenden Antrag herbeiführen.

(2) Kann die in den §§ 49 Abs. 2, 50 des Gesetzes vorgesehene Sicherstellung aus dem Betriebsvermögen nicht mehr erfolgen, weil der den Betrieb auflösende Unternehmer seiner Anzeigepflicht nicht oder nicht rechtzeitig nachgekommen ist, so haften für die Sicherstellung der oder die auflösenden Unternehmer oder die Liquidatoren auch nach Auflösung des Betriebs persönlich weiter, und zwar mehrere von ihnen als Gesamtschuldner.

Berlin, den 27. April 1926.

Der Reichswirtschaftsminister
In Vertretung
Dr. Trendelenburg

Der Reichsminister der Justiz
In Vertretung
Dr. Joël

Der Reichsminister der Finanzen
In Vertretung
Dr. Popitz

Bekanntmachung über Errichtung einer Abrechnungsstelle im Scheckverkehre. Vom 5. Mai 1926.

Auf Grund des § 12 Abs. 2 des Scheckgesetzes vom 11. März 1908 (Reichsgesetzbl. S. 71) hat der Reichsrat beschlossen:

Die Abrechnungsstelle bei der Reichsbankstelle in Rostock ist Abrechnungsstelle im Sinne des Scheckgesetzes.

Berlin, den 5. Mai 1926.

Der Reichswirtschaftsminister
In Vertretung
Trendelenburg

Zweite Verordnung über Erstattung der von der Französischen Regierung erhobenen Reparationsabgabe. (Ausführung des Gesetzes über die Londoner Konferenz.) Vom 7. Mai 1926*).

Auf Grund des Artikel 77 der Reichsverfassung wird zur Ausführung des Gesetzes über die Londoner Konferenz vom 30. August 1924 (Reichsgesetzbl. II S. 289) hiermit verordnet:

§ 1

Auf die Reparationsabgabe, die von der Französischen Regierung auf Grund des französischen Gesetzes vom 21. April 1921 in Verbindung mit der französischen Verordnung vom 18. September 1924 erhoben wird, finden die §§ 1, 3, 4 und 5 der Verordnung über Erstattung der von der Englischen Regierung erhobenen Reparationsabgabe (Ausführung des Gesetzes über die Londoner Konferenz) vom 6. September 1924 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 212 vom 8. September 1924) entsprechende Anwendung.

§ 2

Die Erstattung der beim Empfänger der abgabepflichtigen Sendung in französischer Währung erhobenen Reparationsabgabe erfolgt in Reichswährung.

Die Umrechnung des Frankenbetrags geschieht

a) bei einer auf Reichsmark lautenden Faktura unter Anwendung der von der Französischen Regierung benutzten Umrechnungskurse,

b) bei einer auf andere als deutsche und französische Währung lautenden Faktura unter Benutzung der Pariser Börsenkurse des Tages, dessen Kursnotierung von der Französischen Regierung der Errechnung des Frankenbetrags zugrunde gelegt ist,

c) bei einer auf französische Währung lautenden Faktura sowie in den Fällen, in denen die Reparationsgutscheine die zur Vornahme der Berechnung unter a und b erforderlichen Angaben nicht enthalten, unter Benutzung der Kurse der Pariser Börse, die am Tage der Einzahlung der Abgabe an die französische Zollkasse maßgebend waren.

Ist an den im vorhergehenden Absatz bestimmten Kursstichtagen an der Pariser Börse eine Notierung der Reichsmark nicht erfolgt, so ist der Kurs des letzten vorhergegangenen Börsentags maßgebend, an dem die Reichsmark an der Pariser Börse notiert wurde.

Als Kurse der Reichsmark an der Pariser Börse gelten die im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlichten Pariser Börsenkurse.

§ 3

Die Verordnung über Erstattung der von der Französischen Regierung erhobenen Reparationsabgabe (Ausführung des Gesetzes über die Londoner Konferenz) vom 8. Oktober 1924 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 239 vom 9. Oktober 1924) wird aufgehoben.

Berlin, den 7. Mai 1926.

Der Reichsminister der Finanzen
Dr. Reinhold

*) Veröffentlicht im Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger Nr. 107 vom 10. Mai 1926.

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen — Teil I und Teil II —. **Fortlaufender Bezug** nur durch die **Postanstalten**. Der Bezugspreis beträgt für Teil I vierteljährlich 1,00 RM, für Teil II vierteljährlich 1,00 RM.

Einzelbezug jeder (auch jeder älteren) Nummer nur vom **Gesetzsammlungsamt**, Berlin NW 40, Scharnhorststr. 4. Preis für den achtseit. Bogen 10 Pf. (aus abgelauf. Jahrg. 8 Pf.). Bei größeren Bestellungen 10 bis 40 v. H. Preisermäßigung.

Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. — Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.